

06.12.2018

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/4097

2. Lesung

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung des Landesamtes für Finanzen
und zur Ablösung und Änderung weiterer Gesetze**

Berichterstatter

Abgeordneter Martin Börschel

Beschlussempfehlung

Der Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 17/4097, wird unverändert angenommen.

Datum des Originals: 06.12.2018/Ausgegeben: 07.12.2018

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Bericht

A Allgemeines

Der Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 17/4097, wurde durch das Plenum am 14. November 2018 zur federführenden Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuss und zur Mitberatung an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen überwiesen.

Der federführende Haushalts- und Finanzausschuss hat seinen Unterausschuss Personal an den Beratungen beteiligt.

B Beratung

Mit Schreiben vom 15. November 2018 hat der Vorsitzende des Haushalts- und Finanzausschusses den kommunalen Spitzenverbänden gemäß § 58 der Geschäftsordnung Gelegenheit zur Abgabe einer Stellungnahme gegeben. Diese liegt als Stellungnahme 17/988 vor. In der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 22. November 2018 haben sich die Fraktionen darauf verständigt, zusätzlich eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Hierzu wurden die Deutsche Steuergewerkschaft (DSTG) und ver.di benannt. Die Stellungnahme der DSTG liegt als Stellungnahme 17/987 vor.

Der Unterausschuss Personal hat in seiner Sitzung am 20. November 2018 auf Abgabe eines Votums verzichtet. Hier wurde auf die Durchführung der genannten schriftlichen Anhörung verwiesen.

Der mitberatende Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen hat in seiner Sitzung am 23. November 2018 wegen der angekündigten schriftlichen Anhörung und der Sitzung des federführenden Haushalts- und Finanzausschusses am 6. Dezember 2018 ebenfalls auf Abgabe eines Votums verzichtet.

In der abschließenden Beratung des Haushalts- und Finanzausschusses am 6. Dezember 2018 wiesen die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf die von den kommunalen Spitzenverbänden geäußerte Kritik hin und beantragten förmlich, die Vertagung einer Entscheidung über den Gesetzentwurf. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD abgelehnt.

Änderungsanträge zum Gesetzentwurf lagen in der Sitzung am 6. Dezember 2018 nicht vor.

C Ergebnis

In der abschließenden Abstimmung wurde der Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP und der AfD gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD unverändert angenommen.

Martin Börschel
Vorsitzender